Europäische Union

EU-Parlament akzeptiert „Sonnenscheinrichtlinie“ ohne Sonne

Straßburg (dpa) – Das lange als „Sonnenscheinrichtlinie“ kritisierte Gesetzesvorhaben der EU ist gestern im EU-Parlament angenommen worden – allerdings ohne die ursprünglich geplanten Bestimmungen zum Arbeitnehmerschutz vor Sonnenschein. Die Richtlinie, die das Parlament in Straßburg nach Verhandlungen mit den Mitgliedsländern in dritter Lesung annahm, regelt nun nur noch den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern in Bezug auf künstliche Strahlungen. Im vergangenen Jahr waren Medien , Politiker und Unternehmerverbände gegen ein befürchtetes „Dirndl-Verbot“ für Bedienungen in Biergärten Sturm gelaufen.

KOMMENTAR

von Heinz Gstrein

Umsonst gestorben?

Die Ermordung des libanesischen Spitzenpolitikers Rafik Hariri vor einem Jahr hatte zunächst in Nahost die seit Jahrzehnten festgefahrenen Fronten verrückt: Die Syrer mussten Libanon nach fast 30-jähriger Besatzung räumen. Dort gab es darauf zum ersten Mal seit dem libanesischen Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 endlich wieder freie Wahlen.

Ihr Ergebnis war in Beirut eine Regierung aller politischen Kräfte, die einen demokratischen und multireligiösen Libanon gegen das Meer islamistischer Gewaltherrschaft rundum verteidigen. Eine internationale Untersuchung des Anschlags auf Hariri wurde eingeleitet. Oberstaatsanwalt Detlev Mehlis aus Berlin konnte im Auftrag der UNO die Drahtzieher des Attentats in Damaskus lokalisieren. Dort schienen die Tage des blutigen Regimes der Diktatoren aus dem Assad-Clan gezählt zu sein.

Doch der neue iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad und der Wahlsieg der Hamas in Palästina stärkten Baschar al-Assad und der mit ihm versippten Clique neu den Rücken.

Wie wir inzwischen wissen, ist es ihnen dazu gelungen, die lang unbeanstandeten Mohammed-Karikaturen vom letzten Jahr frisch hochzuspielen und an ihnen gezielt weltweite Moslem-Empörung zu entfachen. Bei den Erstürmungen und Brandschatzungen europäischer Botschaften stand Damaskus an erster Stelle. Sogar in Libanon brach wegen der angeblichen „Prophetenschändung“ neue Unrast aus, brach das Land in die Lager von Christen, Drusen und besonnenen Moslems sowie den vom Hisbollah geführten Politislamisten auseinander.

Zu ihnen hat sich noch der christliche Maroniten-Rechtsaußen General Aoun geschlagen. Statt dem Hariri-Mord bestimmen jetzt die Mohammed-Karikaturen den Gang der Dinge. Ist Rafik Hariri umsonst gestorben?

Scharon-Sohn Omri muss wegen illegaler Wahlkampffinanzierung in Haft

Tel Aviv (dpa) – Der Sohn des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon, **Omri** (Foto), ist wegen illegaler Wahlkampffinanzierung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt worden. Der Verurteilte müsse die Strafe aber erst im August antreten, weil sein Vater nach seinem Schlaganfall im Koma liegt, berichtete der israelische Rundfunk. Neun weitere Monate der Haft wurden zur Bewährung ausgesetzt. Omri Scharon muss zudem 300.000 Schekel (54.000 Euro) Strafe zahlen. Sein Abgeordnetenmandat hat der 41-Jährige zurückgelegt. Omris Anwälte kündigten Berufung an. Der Angeklagte warf dem Gericht vor, ihn wegen seiner prominenten Stellung besonders hart bestraft zu haben. APA/epa

„Papiere, bitte“ – Ausweisfreie Zeit geht in Großbritannien zu Ende

London (dpa) – Die Vorstellung, dass man sich eines Tages von einem Fremden „Papiere, bitte!“ entgegenschnarren lassen müsste, ist für Briten eine ziemliche Zumutung.

Von Christoph Sator

Das wird sich ändern: Mit klarer Mehrheit hat das Unterhaus das Vorhaben von Premierminister Tony Blair gebilligt, nach mehr als einem halben Jahrhundert wieder Personalausweise einzuführen.

Die Rückkehr zur Ausweispflicht soll schrittweise erfolgen. Wenn das Oberhaus zustimmt – was nach einigem Streit jetzt praktisch als sicher gilt –, soll vom übernächsten Jahr an zunächst einmal jeder Brite eine „Identity Card“ bekommen, der einen neuen Pass beantragt. Die neuen Plastikkarten sollen dann aber auch mit biometrischen Merkmalen wie Fingerabdruck, Augenmuster und Gesichtsform ausgestattet sein. Bevor dann wirklich jeder Brite über 16 Jahren eine „ID Card“ bekommt, soll das Parlament nochmals entscheiden.

Hintergrund: Zum einen liegt dies daran, dass der Labour-Regierungschef bei seinen Plänen auf die wachsende Zahl von Kritikern im eigenen Lager Rücksicht nehmen muss. Zum anderen ist die Wiedereinführung von Ausweisen ein Bruch mit britischer Tradition. Schon die Magna Charta von 1215 sicherte jedem Untertan des Königs Reisefreiheit zu. Bis 1829 gab es im ganzen Land keine Polizei. Bis heute hat ein „Bobby“ ein anderes, zivileres Selbstverständnis als etwa ein deutscher Polizist.

„Germanische Idee“

Eine Ausweispflicht ist auf der Insel mit den Kriegsjahren verbunden. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden Kennkarten eingeführt, um deutsche Spione leichter enttarnen zu können. 1952 wurden sie von Premierminister Winston Churchill dann wieder abgeschafft. Dessen spätere Nachfolgerin Margaret Thatcher hielt Ausweise für eine ausgesprochen „germanische Idee“, mit der der Staat seine Bürger gängeln wolle.

Für Reisen in der EU benötigen die Briten wie fürs restliche Ausland ihren Reisepass – Pflicht ist er aber nicht. Im Alltag – auf der Bank, beim Arzt oder beim Abschluss eines Handy-Vertrags – reichen in der Regel Führerschein sowie eine Wasser- oder Stromrechnung aus, um sich auszuweisen. Nur älter als drei Monate dürfen die Rechnungen nicht sein.

IRAK / Entführungen

Deutsche Geiseln flehen um Hilfe

Drama spitzt sich zu – „Die Forderungen erfüllen“ – Drohgebärden und Verzweiflung

Tikrit (dpa) - Mit jedem Video, das die Entführer von René Bräunlich und Thomas Nitzschke über die arabischen Nachrichtenkanäle verbreiten, wächst das Gefühl der Bedrohung. Denn die Sprache und das Auftreten der Geiselnehmer wirken in der dritten Aufnahme, die dem Sender Al-Arabija in Bagdad jetzt zugespielt wurde, noch grausamer als bei den zwei vorherigen Videos. Zudem tragen die beiden Geiseln orangefarbene Kleidung, die an die Kluft der Gefangenen im US-Gefängnis Guantanamo erinnert, was schon bei früheren Entführungen nichts Gutes verhieß.

Von Anne-Beatrice Clasmann

In ihrer Muttersprache rufen die Geiseln nach Hilfe, wobei nicht klar ist, ob sie dies freiwillig oder auf Geheiß der Kidnapper tun. Andere Geiseln, die im Irak verschleppt und später wieder freigelassen wurden, haben berichtet, ihre Videos seien regelrechte Inszenierungen mit einem von den Entführern genau vorgegebenen Text gewesen.

„Wir werden Gottes Urteil vollstrecken.“
Video-Botschaft

Das bedeutet im Jargon der Entführer: Wir werden sie töten. Dieser Drohung fügt der Geiselnehmer noch mehrere Koranverse hinzu.

Die Redakteure von Al-Arabija in Dubai hatten zunächst diskutiert, ob sie das Video überhaupt ausstrahlen sollten. Sie entschieden sich dafür, es zu senden – ohne Ton, „weil das Gesagte keine Nachricht ist“. „Ich weiß nicht, warum sie diesmal Al-Arabija ausgewählt haben, nachdem sie die letzten beiden Videos bei (dem zweiten großen arabischen Nachrichtensender) Al-Dschasira ausgestrahlt hatten“, sagt Nabil al-Chatib, verantwortlicher Redakteur in Dubai.

Trotz des religiösen Diskurses im jüngsten Video zweifeln im Irak viele Menschen daran, dass es sich bei den Entführern der Deutschen wirklich um islamistische Extremisten oder Aufständische handelt.

Blumen vor der Leipziger Nikolaikirche: Hier wird mit Mahnwachen daran erinnert, dass knapp drei Wochen nach der Entführung der deutschen Ingenieure René Bräunlich und Thomas Nitzschke im Irak bei Angehörigen, Freunden und Kollegen die Angst um das Leben der Geiseln wächst. APA/epa

„Man sollte die Entführung nicht mit dem Widerstand in Verbindung bringen, denn die Angelegenheit hat keine direkten Auswirkungen auf die Besatzungstruppen, sondern trifft den irakischen Bürger, der von ihrer Arbeit in der Fabrik profitiert hätte“, meint ein Oberstleutnant der Polizei im nordirakischen Baidschi.

Die beiden Männer aus Leipzig waren am 24. Jänner in Baidschi entführt worden, wo sie im Auftrag ihres deutschen Arbeitgebers eine neue Produktionslinie in einer Reinigungsmittelfabrik hätten installieren sollen.

„Die Entführer verfolgen keine politischen oder militärischen Absichten, um den Besatzungstruppen zu schaden, sondern sie haben es auf Geld abgesehen“, meint der Polizeioffizier, der seinen Namen nicht veröffentlicht sehen will. „Sie werden die beiden Ingenieure vielleicht töten, wenn sie kein Geld erhalten“, fügt er hinzu.

Die beiden deutschen Ingenieure René Bräunlich (32, links) und Thomas Nitzschke (28, rechts) wurden am 24. Jänner in der norirakischen Stadt Baidschi entführt. Foto: APA/epa

SIEBENBÜRGEN / Minderheitenschutz

„Wir wollen unsere Uni wieder“

Aufruf von 79 Professoren aus 22 Staaten in drei Kontinenten für Uni Klausenburg

Klausenburg/Kolozsvár – 79 Universitätsprofessoren aus 22 Staaten auf drei Kontinenten fordern die Wiedererrichtung der ungarischen Universität in Kolozsvár/Klausenburg (rumänisch Cluj-Napoca) in Siebenbürgen.

In einer Petition an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten Rumäniens sowie an den Vorsitzenden der EU-Kommission schildern die Professoren, wie die seit dem Jahre 1945 bestehende ungarische Bolyai-Universität 1959 zwangsweise in die mehrheitlich rumänische Babeş-Bolyai-Universität überführt wurde. Dies bezeichnen die Professoren als einen der persönlichen politischen Triumphe des 1989 gestürzten rumänischen Diktators Nicolae Ceauşescu.

Nach der Revolution 1989 forderte eine Gruppe von Intellektuellen die Wiedererrichtung der ungarischen Universität.

Dies geschah jedoch nicht, und die Professoren stellen fest, dass in den seither vergangenen Jahren keineswegs angemessene Bedingungen für ungarische Studenten an der gemischten Universität geherrscht hätten. Obwohl zwei private ungarische Universitäten in Siebenbürgen von der ungarischen Regierung unterstützt werden, seien die Angehörigen der ungarischen Minderheit in Rumänien in der Hochschulausbildung schwer unterrepräsentiert.

Die Professoren verweisen auf funktionierende Beispiele für Universitäten in Minderheitensprachen und fordern sofortige Schritte zur Wiedererrichtung der ungarischen Universität in Klausenburg.

BLICK NACH ÖSTERREICH

von Andreas Schwarz

aus Wien

Experten sind sich uneins

Quoten für Uni-Ausländer

Fast ein dreiviertel Jahr hat es gedauert, bis das österreichische Bildungsministerium einen Ausweg aus dem Chaos um den Universitäten-Zugang von ausländischen Studenten gefunden hat. Jetzt werden im heillos überlaufenen Medizinstudium neuerlich Quoten eingeführt, die österreichischen Studenten ab dem nächsten Semester einen Platzanteil von 75 Prozent garantieren, Studenten aus anderen EU-Staaten 20 Prozent und Nicht-EU-Bürgern fünf Prozent. Ob diese Regelung vor dem Europäischen Gerichtshof hält, ist freilich noch ungeklärt.

Der EuGH hatte die österreichische Uni-Landschaft im Juli ins Dilemma gestürzt. Er hob jene Bestimmung auf, nach der in Österreich nur studieren durfte, wer auch in seinem Heimatland einen Studienplatz gehabt hätte. Mit dieser Regelung hatte Österreich über Jahre hinweg erfolgreich deutsche Numerus-clausus-Flüchtlinge abgeblockt. Nach dem EuGH-Urteil stürmten diese an die österreichischen Inskriptionsschalter.

Obwohl das Bildungsministerium seit Jahren damit gerechnet hatte, dass dieses Urteil einmal kommt, war man nicht vorbereitet. In einer Blitzaktion wurden in der Folge für mehrere Studienrichtungen Zugangsbeschränkungen ermöglicht, die aus dem Überangebot der Studierwilligen aussieben sollen. Das führte zu grotesken Situationen wie an der Med-Uni in Graz, wo über 1500 Studenten ein virtuelles Semester über Internet absolvierten, um sich am Schluss eine Aussiebeprüfung für letztlich 100 Plätze zu stellen.

Derweil suchte das Ministerium nach einer Lösung, wie man österreichische Studenten gegenüber ausländischen bevorzugen kann, ohne zu diskriminieren. Dieses Kunststück wurde nun in der „Safeguard-Klausel“ der EU gefunden. Sie ermöglicht Beschränkungen, wenn ein spezieller Arbeitsmarkt durch Ausländer „überbelastet“ ist. Das ist, so die Überlegung, das Medizinstudium und damit der Ärztemarkt durch Deutsche in Österreich. Darum die erwähnten Quoten für das Medizinstudium.

Ausgearbeitet wurde die Regelung im Einvernehmen mit Experten aus der EU-Kommission. Dennoch: Akkordiert mit der Kommission ist diese Regelung noch nicht. Daher ist auch noch völlig offen, ob die Kommission sie ebenfalls als Diskriminierung beurteilt oder ob die Kommission ihren Sanktus gibt, nach dem sich dann auch der EuGH richten würde. Die Verunsicherung der Studenten ist prolongiert. (scw)